

Unsicherheiten nach dem Putsch

Der Sudan wird seinen Nord-Süd-Konflikt nicht los

Der Sturz des sudanesischen Präsidenten *Dschaafar Numeiri* im April dieses Jahres kam nicht unerwartet, erstaunlich ist eher, daß es mehr als 20 Putschversuche im Laufe seiner 16jährigen Amtszeit gab, die er unbeschadet überstand.

Kriegsrecht, Säuberungsaktionen, Sondergerichte, Guerilla-Rebellion, Studenten-Unruhen, religiöse Glaubenskämpfe, Nahrungsmittel-Knappheit, katastrophale Staatsverschuldung, wachsende Unzufriedenheit in der Armee, außenpolitische Spannungen: Das Szenario im Sudan konnte kaum düsterer sein, dennoch richtete sich das Augenmerk der Welt während der vergangenen Monate fast ausschließlich auf das Nachbarland Äthiopien. Spätestens nach der Ausrufung des *Ausnahmestandes* im Mai des vergangenen Jahres hatten die meisten ausländischen Firmen ihre Mitarbeiter aus dem Sudan abgezogen. Der Ausnahmezustand räumte den Behörden umfassende Vollmachten ein: Alle Versammlungen und Demonstrationen waren verboten, die Verfassung teilweise suspendiert und die Brief-Zensur offiziell sanktioniert. Ende März äußerte sich der Unmut der Bevölkerung in einer rasch um sich greifenden *Protestbewegung*. Massendemonstrationen und Streiks vor allem der *Ärzte und Rechtsanwälte* zogen sich bis zum sechsten April hin, als Numeiri während eines Aufenthaltes in den USA von General *Suwar-el-Dahab* abgesetzt wurde.

Schwierige Beratungen

Die Bildung des *Übergangskabinetts*, in dem die wichtigsten politischen Kräfte des Landes eingeschlossen sind, hatte sich schwieriger als ursprünglich erwartet erwiesen. Nach langer Unterdrückung der politischen Meinungsfreiheit sind nun im Sudan *politische Bewegungen* in Gang gekommen, die zur Bildung zahlreicher Gruppierungen geführt haben. Wie dieser allgemeine *politische Gärungsprozeß* aber in ein demokratisches und arbeitsfähiges politisches System überzuleiten ist, das politisch von Dauer ist, werden erst die Entwicklungen der nächsten Monate zeigen.

Dem neuen Kabinett, einer Zivilregierung, die 16 Tage nach dem Umsturz vorgestellt wurde, gehören 15 Mitglieder an, die zu jeweils einem Drittel von den Militärs, den Gewerkschaften und den Parteien bestimmt wurden. Neuer Regierungschef wurde der bisherige Vorsitzende der sudanesischen Ärztekammer, *Dafalla el-Gizouli*. Vizepräsident und Minister für Wasserwirtschaft wurde mit *Samuel Aro Bol* ein Vertreter Südsudan. Unbesetzt blieb der Posten des Justizministers, da in der umstrittenen Frage, ob die Scharia beibehalten oder abgeschafft werden soll, bisher noch keine Einigung erzielt werden konnte.

Im staatlichen Rundfunk erklärte General Dahab, die Regierung sei dem von ihm angeführten *Militärrat* verant-

wortlich. Das neue Kabinett soll für eine Übergangszeit von zwölf Monaten im Amt bleiben. In diesem Zeitraum nimmt der Militärrat die Rolle des Staatsoberhauptes mit gesetzgeberischen Vollmachten wahr. Vorrangige Ziele des Kabinetts sind die *Vorbereitung von allgemeinen Wahlen* und die *Beendigung* nach wie vor andauernden und in den letzten Monaten sich zu Ungunsten der Zentralregierung verschärfenden *Unruhen im Süden* des Landes. Unter politisch denkenden Sudanern, die das als despotisch empfundene Regime Numeiris bekämpft und zu seinem Sturz beigetragen haben, hat die Zusammensetzung des Kabinetts enttäuscht und Kritik hervorgerufen. Nach den langen Verhandlungen hatte man ein besseres Kabinett erwartet als dieses, von dem es in der sudanesischen Bevölkerung heißt, drei von vier Ministern seien „nicht akzeptabel“, manche gar „total korrupt“ (vgl. Süddeutsche Zeitung, 24. 4. 85).

Besonders Sudaner aus dem Süden äußern sich kritisch. Sie weisen darauf hin, daß die drei *Minister aus dem Süden* auch unter Numeiri Kabinettsposten bekleidet hatten. General Dahab hatte noch kurz vor der Kabinettsbildung in einer Fernsehansprache gesagt, diejenigen, die unter Numeiri politische Ämter innehatten, würden von der Regierung ausgeschlossen werden. Auch seine Äußerung, Patriotismus und Parteilosigkeit seien ausschlaggebend für die Berufung in das Kabinett gewesen, wird in Frage gestellt. Kritiker nennen den neuen Ministerpräsidenten einen „Fundamentalisten“, der früher der Muslim-Broderschaft angehört habe.

Vielschichtige Bevölkerungsstruktur

Der Sudan ist mit seinen 2 505 827 Quadratkilometern – etwa der zehnfachen Fläche der Bundesrepublik – das *größte Land Afrikas*. Seine Landschaft ist voller Kontraste: Sie reichen vom üppigen Grünland bis zur Wüste, vom Sumpf bis zur Gebirgslandschaft, vom Weideland bis zum Wald. Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung von 1983 hat der Sudan derzeit 22 Millionen Einwohner. Das jährliche *Bevölkerungswachstum* liegt bei 2,8 Prozent. Blieben diese Werte konstant, würde sich die Bevölkerung im Laufe von 25 Jahren verdoppeln. Im Süden des Landes wohnen 5,5 Millionen Menschen; 2,2 Millionen, vor allem im Westen, sind Nomaden.

Im ersten, dem sogenannten „Anyanya“-Bürgerkrieg (1955–1972), profitierten die Rebellen im Sudan u. a. auch von der nicht falschen, aber in ihren politischen Implikationen und auf dem Hintergrund der tatsächlichen religiösen und demographischen Verhältnisse vereinfachten Darstellung vor allem im europäischen Ausland, islamische Araber unterdrückten im sudanesischen Süden christliche Afrikaner. Denn der Norden ist nicht rein islamisch, und der Süden ist nicht christlich. Zwar sind 60

Prozent der in 572 Stämme gegliederten Einwohner Mohammedaner. Die *Mohammedaner* leben zu 90 Prozent im Norden, aber nur etwa die Hälfte ist arabischsprachig. Ethnisch sind sie als „arabisierte“ Stämme zu bezeichnen, die mit nilotischen Völkern zusammenleben, sowie mit einem starken Anteil (Schätzungen gehen bis zu vier Millionen) naturalisierter Westafrikaner – Nachfahren der seit Anfang dieses Jahrhunderts eingewanderten Landarbeiter aus Nordnigeria und dem Sahel. Ein bis zwei Millionen Südsudanesen leben im Norden. Die Landessprache ist zwar Arabisch, die Amtssprache im Süden aber nach wie vor Englisch. Die Südsudanesen sprechen indessen eine Lingua franca – ein durch die (Sklaven-)Händler eingeführtes Juba-Arabisch, weil sie sich sonst mit ihren rund 80 verschiedenen Sprachen untereinander nicht verständigen könnten.

Nach jüngsten statistischen Angaben leben im Sudan gegenwärtig ca. 13 Millionen Muslime und 3,1 Millionen Christen (davon ca. 1,8 Millionen Katholiken), der Rest sind Anhänger animistischer Religionen. Bei einer Kundgebung in Juba, der Hauptstadt der Region Equatoria, wandten sich am 23. Juni 1984 Vertreter beider christlichen Religionen vor 80 000 Menschen gegen die Einführung der Scharia und traten für ein friedliches Miteinander aller Religionen ein. Der *Südsudan* leidet, neben seiner wirtschaftlichen Unterentwicklung – so gibt es z. B. nur eine voll ausgebaute Straße und vier Fabriken – unter den Schwierigkeiten eines Ausgleichs der oft sehr partikularistischen Clan- und Lokalinteressen. Dies hat immer wieder zu Gewalttätigkeiten und regionalen Spannungen geführt. Sie leben vor allem dann immer auf, wenn das Gesamtverhältnis zwischen dem Norden und dem Süden schlecht war – wie dies seit der Regionalisierung wieder der Fall ist.

Wechselvolle Geschichte eines schwierigen Landes

Grundgelegt wurden die bis heute schwelenden Konflikte – wie in manchen anderen afrikanischen Staaten – durch den Trugschluß der Kolonialmacht, bereits durch die äußeren Grenzen eines Landes könne im Inneren eine Nation entstehen. Vor 1800 war das heutige Gebiet des Sudan zusammengesetzt aus verschiedenen *Eingeborenen-Königreichen*. 1822 wurde der Sudan von den Engländern erobert und 1881 durch die Revolution des *Mahdi Mohammed Ahmed* wieder befreit. Dieser bestimmte den Islam zur Staatsreligion, aber sein Erbe *Abdullahi* wurde bereits 1895 durch englische und ägyptische Truppen wieder zum Rückzug gezwungen. Von 1899 bis 1945 existierte der Sudan als *englisch-ägyptisches Kondominium*; durch ein Abkommen von 1899 setzten England und Ägypten die derzeitigen Grenzen und die Verfassung fest. Der Generalgouverneur mußte ein Brite sein, welcher auf Vorschlag von Ägypten ernannt wurde; als erster hatte Lord *Kitchener* 28 Jahre lang dieses Amt inne. 1945 wurde dem sudanesischen Volk vorgeschlagen, zwi-

schen der Unabhängigkeit und der Union mit Ägypten zu wählen. Der Entscheidungsprozeß darüber führte zu heftigen Unruhen. Im Juli 1955 kam es zum offenen Konflikt, als die Polizei auf etwa 300 streikende Arbeiter schoß und rund zwanzig von ihnen tötete. Als der Sudan am 1. Januar 1956 die volle *Unabhängigkeit* erlangte, begannen die Flammen des *Bürgerkrieges* höher zu schlagen. 17 Jahre dauerte dieser Krieg, der eine *große Zahl von Flüchtlingen* in die Nachbarländer und in den Busch trieb. Das Erziehungswesen brach völlig zusammen. Straßennetz und Verkehrseinrichtungen wurden durch Kampfhandlungen, Vernachlässigung und die Auswirkungen der Regenzeit so sehr in Mitleidenschaft gezogen, daß die Versorgung der Bevölkerung in den Südsudan nicht mehr sichergestellt werden konnte und Hunger sowie Seuchen mehr Opfer forderten als die Kampfhandlungen. Mehr als 100 000 Menschen sind umgekommen, manche Quellen sprechen sogar von 500 000 Toten. Über 180 000 Niloten flohen damals in die Nachbarstaaten Zaire, Uganda, Äthiopien und in die Zentralafrikanische Republik.

Eine Verbesserung der Situation ergab sich 1969 mit der Machtübernahme Präsident Numeiris, der von Anfang an um eine Milderung der rassischen, sozial-wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Spannungen zwischen den nördlichen und südlichen Regionen bemüht war. 1972 schloß Numeiri mit den Führern der Aufständischen ein Abkommen, das Kaiser *Haile Selassie* von Äthiopien vermittelt hatte. Der *Friedensvertrag* sicherte den drei Südsudanprovinzen (Upper Nile, Bah el Ghazal und Equatoria) weitgehende Autonomie zu, *Juba* wurde Sitz der Regionalregierung des Südsudan. Numeiri erließ außerdem für die ins Ausland geflüchteten Sudanesen eine Amnestie und zog die Anklage auf Verschwörung gegen die Sicherheit der Nation zurück.

Alte und neue Fronten

Den Nord-Süd-Gegensatz konnte Numeiri damit nicht überwinden, und selbst im Norden hatte seine *Einigungspolitik keinen Bestand*. Numeiri hatte 1977 seinen alten und gefährlichsten Gegner *Saddik al Mahdi* (einen Nachfahren des legendären Mahdi) aus dem Gefängnis von Khartum geholt, wo er auf die Hinrichtung wartete und vor die Wahl gestellt: Strang oder Kooperation. Saddik trat in die Regierung ein und brach mit *Ghaddafi*, bei dem er vor seiner Verhaftung Asyl gefunden hatte. Numeiri versprach als Gegenleistung, die Politik der Integration mit Ägypten, die auf einem 1976 beschlossenen Freundschafts- und Beistandspakt basierte, nicht weiterzuverfolgen: Gegen die ägyptische Vorherrschaft hatte sich Saddiks Vorfahre vor hundert Jahren ja erhoben. Vor der Aussöhnung mit Saddik hatte Numeiri schon mit den Kommunisten gebrochen, die ihm 1969 geholfen hatten, zusammen mit anderen, aber auch mit marxistischen Offizieren an die Macht zu kommen.

Doch das Bündnis mit Saddik zerbrach, als sich Numeiri

1981 nach *Camp David* auf die Seite Ägyptens stellte; Sadik verbündete sich abermals mit Numeiris ärgsten arabischen Feinden. Drei Jahre später versuchte Numeiri, der in Religionsfragen mächtigen *Muslimbrüderschaft* auf dem Felde der Religion Konkurrenz zu machen. Bis dahin galt er als nicht besonders eifriger Muslim; aber am 23. September 1984 verkündete Numeiri die Ablösung des an britischen Grundsätzen ausgerichteten Rechtssystem durch die *Scharia*. Daß Nicht-Muslime von dieser drakonischen Gesetzgebung ausgenommen werden sollen, wurde inzwischen durch eine Reihe von Urteilen widerlegt. Meldungen über öffentliche Hinrichtungen, Amputationen und Auspeitschungen reißen nicht ab.

Eine Reihe von *Widerstandsorganisationen*, die sich noch nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen, haben sich im Süden des Landes formiert und liefern den Regierungstruppen erbitterten Widerstand. Das Überlaufen von Oberst *John Garang* zu den Rebellen im Südsudan hat den Rebellen Auftrieb gegeben. Die Rebellen-Organisation Anyanya II (vgl. *Le Monde*, 29. 12. 84), so benannt nach dem Schlangengift der Gabun-Viper und angeführt von *Kuot Atem* sowie dem früheren Wildschutz-Minister *Samuel Gai Tut*, gilt als konservativ und kämpft größtenteils mit Waffen aus dem ersten Bürgerkrieg. Die *Anyanya Patriotic Front* des seit dem Abkommen von Addis Abeba 1972 im Exil verbliebenen *Gordon Muortat* steht Anyanya II nahe.

Oberst *John Garang*, ein in den USA promovierter Volkswirt, war ursprünglich von der Regierung nach Bor entsandt worden, um die Rebellen dort gewaltsam zur Raison zu bringen, führte den Befehl aber nicht aus. Seit seinem Übertritt im Frühjahr 1984 versucht er, der Bewegung u. a. dadurch eine breitere Basis zu schaffen, daß er die schwarzafrikanischen Völker außerhalb des Südsudan einzubeziehen sucht. Er tritt für einen vage definierten Sozialismus ein und kann mit Unterstützung durch den äthiopischen Führer *Mengistu* und auch durch *Ghaddafi* rechnen. Als militärischer Chef der „Sudanesischen Volksbefreiungsarmee“ SPLA führt Garang die gegenwärtig wohl stärkste Rebellengruppierung an. In die SPLA ist die *Southern Sudan Liberation Front* (SSLF) integriert. Der politische Flügel von Garangs Organisation nennt sich *Sudanesische Volksbefreiungsbewegung* (SPLM) und wird ihrerseits von einer Fünfergruppe geleitet: dem ehemaligen Landwirtschaftsminister *Benjamin Bol Akok*, dem jungen Oberhäuptling der Dinka-Malual-Nord *Costello Garrang Ring*, dem Chirurgen *Marial Benjamin* und den früheren Ministern *Lual Ding* und *Joseph Oduho* (vgl. *Le Monde*, 27. 12. 84).

Umschuldung ohne Ende

Die *Volkswirtschaft* des Sudan galt bis Ende der siebziger Jahre als relativ gesund, dann aber brachen die Übel en masse über sie herein. Eine *beschränkte landwirtschaftliche Exportindustrie* mit sinkender Produktivität konnte mit rasch steigenden Importkosten nicht Schritt halten, nicht

zuletzt deshalb, weil die Infrastruktur hoffnungslos vernachlässigt worden war. Wachsende *Auslandsschulden* und ein chronisches *Zahlungsbilanzdefizit* müssen seit Ende 1978 durch ein vom Internationalen Währungsfonds (IMF) diktiertes Austerity-Programm jährlich neu konsolidiert werden.

Seither hat der Sudan seine Zahlungsunfähigkeit nur mit fünf *Umschuldungen* – die sechste ist im Gang – vermeiden können. Die gegenwärtige Auslandshilfe von 700 bis 800 Millionen Dollar im Jahr entspricht etwa dem Zahlungsbilanzdefizit. Wichtigster Geldgeber sind aus politisch-strategischen Gründen seit längeren die USA, deren Hilfe jährlich 250 Millionen Dollar erreicht hat (vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 4. 4.84). Aus der Hoffnung des Landes, mit Hilfe auch erheblicher arabischer Kredite die Landwirtschaft industriell auszubauen und so zur „*Kornkammer Arabiens*“ zu werden, wurde nichts.

Trotz des hohen Anteils an Wüste und nur 27 Prozent theoretisch bebaubaren Landes leidet der Sudan dank des Nils nicht an Bewässerungsproblemen – vorausgesetzt, daß die technischen Anlagen funktionieren. Im Sudan entstand bereits Anfang der zwanziger Jahre einer der ersten industriellen Agrarkomplexe des Kontinents – das berühmte und umstrittene „*Gazira Scheme*“ – mit seiner *Baumwoll-Monokultur*, deren Produktivität seit 1970 ständig gesunken ist. Damit ist der Traum von der Kornkammer begraben, das Land kann sich nicht selbst ernähren. Zwar wird *Hirse* exportiert (22 Prozent der Gesamtexporte), aber 1981/82 mußten Nahrungsmittel für 371 Millionen Dollar importiert werden, fast 20 Prozent aller Importe. Wenigstens konnte die *Zuckerproduktion* mit dem 1981 eröffneten Kennan Sugar Complex massiv gesteigert werden: der Eigenbedarf von 500 000 Tonnen wird zu fast zwei Dritteln selbst produziert.

Mit dem *Baumwollexport*, der 25 Prozent der Exporterlöse bringt, wird man aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ebensowenig lösen können wie mit dem *Erdöl*. Die Arbeit der amerikanischen Chevron und der französischen Elf an den Erdölfeldern bei Benitu und Pibor steht zur Zeit ebenso still wie der Bau der 1450 km langen Pipeline ans Rote Meer und die Fertigstellung des 350 km langen *Jonglei-Kanals* durch ein französisches Konsortium. (Umstritten war dieser Kanal ohnehin schon im Planungsstadium, da er dem Süden Wasser entzieht, von dem der Norden Sudans und Ägypten profitieren sollen, und die ökologischen Folgen unabsehbar sind.)

Aber nicht nur der Guerillakrieg im Süden des Landes bewog die ausländischen Firmen zum *Abzug ihrer Fachleute*; die *Scharia* führte Anfang März 1984 auch zur Einführung einer „*islamischen Wirtschaftsordnung*“. Das ist gleichbedeutend mit einer Abschaffung der Kredit-Zinsen und einem Gleichgewicht zwischen sozialen Grundbedürfnissen und wirtschaftlicher Entwicklung, die nicht mehr auslandsabhängig sein, sondern vermehrt auf „*arabischer Solidarität*“ fußen soll. Weiter in Mitleidenschaft gezogen wurde die sudanesische Wirtschaft durch den „*brain drain*“ von etwa einer Million (nach *Neue Zürcher Zei-*

tung, 4. 4. 84) einheimischer Fachleute und Akademiker in andere arabische Länder, für den die Ursache im extrem niedrigen Lohnniveau zu suchen ist.

Kirche in Schwierigkeiten

Die katholische Kirche sieht sich als religiöse Minderheit in dieser Situation mit besonders schwerwiegenden Problemen konfrontiert. Dabei ist das Christentum im Sudan fast seit seinen Ursprüngen verwurzelt, es gab im Sudan bereits christliche Königreiche, als der Großteil Europas und der westlichen Welt noch lange nicht christianisiert war.

Die Geschichte der Kirche im Sudan geht bis auf *apostolische Zeiten* zurück. Man glaubt, daß der „Äthiopier, ein Eunuch, Hofbeamter der *Kandake*, der Königin der Äthiopier, der ihren ganzen Schatz verwaltete“ (Apg 8, 27–39), der von *Philippus* getauft wurde, aus dem Meroitischen Königtum im Nordsudan stammte. Die *Missionstätigkeit* setzte in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts ein. Doch mußten sich die Missionare wegen der revolutionären Unruhen zurückziehen. 1901 kehrten katholische Missionare zurück. 1964 gab es ungefähr 70 katholische Missionsstationen, vorwiegend im Süden des Landes. In den Jahren zwischen 1955 und 1964 hatte sich die Kirche beachtlich ausgebreitet. Die Zahl der Katholiken stieg von 168 858 auf 418 366 und die der Seminariisten von 37 auf 97.

Einen schweren Schlag gegen diese blühende Mission im Süden des Landes bedeutete 1964 die *Ausweisung sämtlicher 228 ausländischer Missionare*, die im Süden tätig waren. In den fünf Kirchensprengeln des Südens verblieb nur der einheimische Klerus; ein Bischof, zwei Apostolische Administratoren und 27 Priester. Andere einheimische Priester waren mit Landsleuten über die Grenzen nach Zaire, Uganda und in die Zentralafrikanische Republik geflüchtet.

Eine Verbesserung der Situation trat 1965 mit der Machtübernahme Präsident Numeiris ein, der seinerzeit um eine Milderung der rassistischen, sozialwirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Spannungen zwischen dem Norden und dem Süden des Landes bemüht war. Nach einem Gespräch seines Außenministers *Mansous Kalid* mit Papst *Paul VI.* wurden zwischen Khartum und dem Vatikan *diplomatische Beziehungen* aufgenommen. Die Verhältnisse besserten sich sogar so weit, daß einige sudanesischen Priester in ihr Land zurückkehren konnten und daß die Seminarien wieder eröffnet wurden.

Noch heute wirkt sich auf die Kirche im Sudan aus, daß jeder *Übergang* von der Missions- zur einheimischen Kirche fehlt (vgl. Pro Mundi Vita Dossier, I/1984). Die Kirche wurde, bedingt durch die Ausweisung aller Missionare im Jahre 1964, plötzlich auf sich selbst gestellt. Noch ehe das einheimische Personal mit der neuen Aufgabe zu Rande kam, mußten viele Priester und nicht wenige ihrer Gemeindemitglieder fliehen. Am Ende des Krieges im Jahre 1972 kehrten die Gläubigen zwar wieder in ihre

Pfarreien zurück, den Missionaren aber wurde dies nicht gestattet.

Von Bedeutung ist weiterhin, daß die *pastoralen Leitlinien des Zweiten Vatikanischen Konzils* im Sudan kaum verwirklicht werden konnten (Internationaler Fidesdienst, 24. 2. 79). Pfarrgemeinderäte sind eine große Seltenheit, kleine christliche Gemeinschaften gibt es praktisch keine, von den eifrigen Katechisten abgesehen, ist *sehr wenig Beteiligung von Laien* am Leben der Kirche anzutreffen.

Vor diesem Hintergrund sind die beträchtlichen Leistungen der katholischen Kirche in den vergangenen Jahren eigentlich erstaunlich. Der erste bedeutende Schritt war die *Errichtung der sudanesischen Hierarchie* im Jahr 1974. Die jüngste der Diözesen ist seit 1983 Torit; ihr Gebiet umschließt im Süden des Landes die an Äthiopien, Kenia und Uganda angrenzenden Regionen. Die beiden Erzdiözesen (Juba und Khartum) und sechs Diözesen (El Obeid, Torit, Malakal, Wau, Tombora und Rumbek) des Landes sind unter allen Ländern Ostafrikas allerdings diejenigen mit den relativ wenigsten Priestern. Bei insgesamt 160 Priestern – 50 davon aus dem eigenen Land (Kathpress, 17. 5. 84) – ist es ein schwacher Trost, daß die *Zahl der Theologiestudenten* im Priesterseminar von Juba steigende Tendenz aufweist.

Als Ursache für diesen Mangel werden unter anderem die *äußerst schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Priester* genannt. Es ist für die Geistlichen schwer, untereinander und mit ihren Bischöfen Kontakt zu halten. Oft fehlt auch die moralische und materielle Unterstützung der Gläubigen. So ist es nicht verwunderlich, daß von den in den letzten 25 Jahren geweihten Priestern rund 30 Prozent ihr Amt wieder aufgegeben haben. Ein dringender Appell an die Bischofskonferenzen Ostafrikas, in dem Erzbischof *Gabriel Zubeir Wako* von Khartum darum bat, seinem Land mit Priestern und Ordensleuten auszuhelfen (Die Katholischen Missionen, 2/1983, S. 44), brachte nur einen einzigen ugandischen Priester ins Land.

Mutige Bischöfe

Die Gesamtsituation ist wenig ermutigend. Die Kirche war während der letzten Monate von Numeiris Regierungszeit massiven antichristlichen Exzessen ausgesetzt und durch das islamische Recht sehr eingeschränkt.

Berichte darüber, daß Christen entgegen der Zusicherung Numeiris vom islamischen Strafrecht nicht ausgenommen wurden, häuften sich ständig. So wurde z. B. im Mai 1984 der italienische Priester *Giuseppe Manara*, weil bei ihm eine Flasche Whisky, zwei Kartons Bier und 16 Flaschen Meßwein gefunden wurden, zu 25 Peitschenhieben verurteilt. *Christen* sind zu *Bürgern zweiter Klasse* geworden; bei der Vergabe von Wohnungen und Arbeitsplätzen werden Muslime bevorzugt, islamische Banken und Unternehmen genießen Steuervorteile, der Bau von Kirchen ist verboten. „In unseren Vorstellungen und Zielen stimmen wir zu 90 Prozent mit dem Christentum überein. Aber die Konsumgesellschaft der ‚christlichen Welt‘ ist nachchrist-

lich und verbrecherisch geworden. Alkohol und Drogenkonsum, sexuelle Libertinage und schrankenloser Materialismus haben auch im Westen zu Dekadenz geführt“ (zit. nach Kathpress, 13. 8. 84). Diese Äußerung von *Hasan al Turabi*, dem Führer der Muslimbruderschaft im Sudan, wird häufig als zusammenfassende Begründung für die Islamisierung zitiert.

Die Bischöfe des Landes, die noch im Januar 1983 vorwiegend *mahnende Worte* für ihre Gläubigen hatten – so im Hirtenbrief „Nicht länger Sklaven der Sünde“, in dem vor allem die üblichen afrikanischen Untugenden Schwarzhandel, Korruption, Bestechung, Tribalismus etc. angeprangert wurden, reagierten im September 1983 sofort auf die Einführung der islamischen Gesetzgebung. In einem ersten Hirtenbrief „*Zum neuen Strafgesetz*“ vom 23. September 1983 wies Erzbischof Wako auf das unterschiedliche Rechtsverständnis von Islam und Christentum hin und versuchte Konsequenzen aufzuzeigen. In einem langen Aufruf mit dem Titel „*Gesegnet sind die Friedentifter*“ wandten sich die Bischöfe im Oktober 1983 an alle gläubigen Christen, aber auch an alle Sudanesen guten Willens. Die Christen forderten die Bischöfe auf, sich mit allen Kräften und in allen Bereichen für Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen. Angeprangert wurden die Verletzung der Menschenrechte und Menschenwürde und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich (Text deutsch in: Weltkirche 2/1984).

Mit dem zunehmenden politischen Druck auf die Christen des Landes änderte sich auch der Ton der Hirtenbriefe. Im Juni 1984 wandten sich die Bischöfe von neuem in einem gemeinsamen Hirtenbrief („*Herr, komme uns zu Hilfe*“, Text deutsch in: Weltkirche 4/1984) an die Christen und forderten sie auf, sich nicht durch anti-christlichen Kampagnen der Regierung verwirren zu lassen und „die gegenwärtige Zeit der Prüfung in Zuversicht und ohne Gewaltanwendung zu tragen“. „*Laßt euch nicht verwirren oder verängstigen*“, heißt es, „wenn einige in diesen Zeiten solcher Unruhe ihren Glauben verleugnen“ und wenn „ihr fälschlich angeklagt und verurteilt werdet ... Wir möchten, daß ihr klar erkennt, daß die Probleme, die euch von allen Seiten umgeben, nicht alles religiöse Probleme sind. In vielen Situationen, das müßt Ihr wissen, geht es nicht um das Christentum. Nein, es ist eine Situation, in der Ungerechtigkeit, Falschheit und Nichtbeachten anderer Menschen von menschlichen Herzen und Köpfen gleichsam Besitz ergriffen haben. Seid daher wachsam und mutig.“

Mit dem Sturz Numeiris verbanden sich zunächst Hoffnungen auf die Abschwächung der Islamisierungstendenz. Sie haben sich nicht erfüllt. Die Bischöfe haben gleich nach dem Sturz Numeiris an die Übergangsregierung appelliert, die Islamisierung der Gesetzgebung einzuschränken und „antichristliche“ Gesetze abzuschaffen (vgl. NCNS, 21. 5. 85). Sie forderten die Rücknahme der Missionary Societies Act von 1962 und der Verpflichtung aller Einwohner, auch der Christen, auf die Scharia. Sie vertrauten, so hieß es in einer Erklärung der Bischöfe dar-

auf, daß die Regierung „die Wunden der Vergangenheit heilen“, „das sudanesisches Volk auf dem Weg des Friedens, der Gerechtigkeit und der Einheit führen und die Diskriminierung von Christen vermeiden werde“. Es bleibt aber die Frage, ob die Regierung, selbst wenn sie will, sich in der Frage der Scharia überhaupt wird durchsetzen können. Nur Minderheiten sind für einen säkularen Staat. Es wird eingeräumt, unter Numeiri sei die Scharia falsch angewandt worden, aber auch in der Praxis scheint sich bisher nicht viel geändert zu haben.

Annäherung an Libyen und Äthiopien

Die innen- wie die außenpolitische Zukunft des Landes ist weiter ungewiß. Die Kirche partizipiert weiter an dieser Ungewißheit. Seinen außenpolitischen Vorsätzen, die freundliche Beziehungen nicht nur zu Ägypten, sondern auch zu Libyen und Äthiopien anstreben, ließ General Dahab rasch Taten folgen. Die *Aussöhnung mit Libyen* kam gewissermaßen über Nacht. Ghaddafi, dem Ex-Präsidenten Numeiri in geradezu hysterischer Feindschaft verbunden, hatte als erster das neue Regime von General Dahab beglückwünscht, wenige Tage später schickte Khartum einen Emissär nach Tripolis und im Sudan zu Besuch weilende Libyer, sie hätten ihrem Freund Garang, dem Führer der Rebellion im Süden, nahegelegt, sich dem Demokratisierungsprozeß in Khartum anzuschließen.

Libyen und Äthiopien sind jene Länder, deren Regierungen die Rebellion im Südsudan aktiv unterstützt haben. Libyens Revolutionsführer Ghaddafi soll den neuen Machthabern in Khartum bereits versprochen haben, die Hilfe an die Rebellen einzustellen.

Von Anfang an haben die neuen Herrscher im Sudan auch ihre Friedensfühler nach *Äthiopien* ausgestreckt. Die große Publizität, die die staatlichen äthiopischen Medien dem Besuch einer Freundschaftsdelegation gaben, hat gezeigt, daß auch Äthiopien an einem korrekten Verhältnis mit dem Nachbarn interessiert ist. Aber im Fall Äthiopiens ist eine Aussöhnung schwieriger als mit Libyen, denn der Preis, den Äthiopien verlangen kann und verlangt, lautet: Schluß mit der sudanesischen Unterstützung für die Volksbefreiungsfronten von *Eritrea und Tigre*.

Denkbar ist sogar, daß *Mengistu* von Dahab die Schließung jener „Hintertür“ verlangt, durch die verschiedene Organisationen Nahrungsmittel nach Eritrea und Tigre schleusen, wo Millionen hungern, aber nur zu einem Bruchteil erreicht werden, weil das Regime die Essensverteilung in den beiden Rebellengebieten auf die von ihm kontrollierten Städte einschränkt. Die Regierenden in Khartum, so scheint es, werden demnächst möglicherweise vor einer äußerst heiklen Entscheidung stehen. Die schreckliche Perspektive, die Hungernden in Eritrea und Tigre ihrem Schicksal zu überlassen, muß abgewogen werden gegen die Aussicht auf Frieden im Südsudan, der die entscheidende Voraussetzung bildet für die wirtschaftliche Gesundung und auch für die Redemokratisierung des ganzen Landes.

Cordelia Seng